

Verteidigerin fordert Freispruch im Wormser Mißbrauchsprozeß

3.6.1997

Hauptangeklagter versichert: Mit Taten nichts zu tun

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – „Nach meiner Überzeugung steht nicht fest, daß mein Mandant auch nur eine Tat begangen hat.“ So begründete die Verteidigerin Gabriele Jansen (Köln) gestern vor dem Mainzer Landgericht ihre Forderung nach Freispruch für den 33jährigen Hauptangeklagten im letzten noch nicht entschiedenen Wormser Kindesmißbrauchsprozeß.

„Verfahren ein Alptraum“

Die Staatsanwaltschaft hält den Angeklagten dagegen in 71 Fällen für schuldig und hatte für ihn 15 Jahre Haft gefordert, ebenso für seine Ehefrau wegen 61 Fällen. Für weitere neun Beschuldigte des Prozesses hatten die Ankläger auf Haftstrafen zwischen sieben und zehn Jahren plädiert. Im Dezember 1996 sowie im Januar und März 1997 waren bereits 13 Angeklagte des Worms-Komplexes vom Vorwurf des Kindesmißbrauchs freigesprochen worden, teils wegen erwiesener Unschuld, teils aus Mangel an Beweisen. Auch für elf dieser 13 Angeklagten hatte die Staatsanwaltschaft Haft bis zu 14 Jahren verlangt.

Aus der Formulierung der Anwältin Jansen wurde erkennbar, daß sie einen Freispruch aus Mangel an Beweisen für realistisch hält. Grundsätzlich wandte sie sich dagegen, das im Gesetz nicht mehr vorgesehene „Klassenmodell“ für Freisprüche wieder einzuführen.

Ihr Mandant versichere ihr nachhaltig, er habe mit den Vorwürfen nichts zu tun, sagte Jansen. Das Verfahren sei ein Alptraum gewesen: zweieinhalb Jahre Untersuchungshaft, Kinder im Heim, Familie zerstört. „Machen Sie diesem Alptraum ein Ende und sprechen Sie den Angeklagten frei“, wandte sich die Verteidigerin an die Richter. Vorwürfe richtete sie an die Adresse der Staatsanwaltschaft: Die Ermittlungen vor dem Prozeß seien nicht nach rechtsstaatlich-fairen Verfahrensregeln vonstatten gegangen. Vor allem sei die Ermittlungsarbeit der Kinderschutzorganisation „Wildwasser“, einem privatrechtlich organisierten Verein, überlassen worden.

„Kontrolle“, so Jansen, „fand da wohl nicht statt.“ Die damalige „Wildwasser“-Mitarbeiterin Ute P. habe durch „sogenannten Aufdeckungsarbeit“ einen „Sog“ ausgelöst, von dem letztlich die ganze Mainzer Justiz befallen worden sei. Die fragwürdige

Art des Fragens seitens Ute P. – „Wer war böse? Wer hat dir wehgetan? Wer war noch dabei?“ – war in der Tat zu einem entscheidenden Faktor bei den bereits ergangenen Freisprüchen geworden.

Daß einzelne Kinder Mißbrauch vielleicht gar nicht erlebten, daß Taten durch Erwartungshaltungen von fragenden Erwachsenen lediglich suggeriert worden sein könnten – dieses Problem hätten die von der Staatsanwaltschaft engagierten psychologischen Gutachter zunächst überhaupt nicht erkannt, so Jansen. Auch mit Medizinern, zwei Wormser Kinderärzten und einer Mannheimer Gynäkologin, die nach eigenem Bekunden Mißbrauchsspuren an den Kindern feststellten, ging die Anwältin hart ins Gericht: „Da wurden angeblich frische Mißbrauchsspuren gesehen, obwohl die Kinder schon im Heim lebten.“ Versagt habe auch die richterliche Kontrolle während des Ermittlungsverfahrens. Kinder seien von Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichtern zu lange – „ein Protokoll umfaßte 50 Seiten“ – und noch abends um 23 Uhr vernommen worden. Auch dabei habe man keine offenen, sondern mit Erwartungshaltungen behaftete Fragen gestellt, etwa: „Willst du uns erzählen, was der Papa, die Mama und die anderen mit dir gemacht haben?“ „Eigentlich gab es bei diesen Befragungen vor dem Prozeß keine Kontrolle; da waren junge, unerfahrene Richter, gerade ein paar Wochen im Dienst, die Justiz muß sich fragen, ob sie sich damit einen Dienst erweist“, so Verteidigerin Jansen.

Moderate Töne

Daß keiner der ursprünglich 24 Beschuldigten der drei Worms-Verfahren seit Beginn der Prozesse im November 1994 ein Geständnis ablegte – „trotz entsprechender Bonus-Angebote vonseiten des Gerichts“, so Jansen – auch dies spreche für die Unschuld der Angeklagten.

Zwar attackierte die Verteidigerin zum Ende ihres sechsstündigen Plädoyers Anklägerin Heike Finke mit allem Nachdruck: Die habe im Plädoyer der Staatsanwaltschaft Beweise nicht gewürdigt, „und die Höchststrafe für einen Menschen zu fordern und nicht vernünftig zu begründen, das ist rechtswidrig.“ Insgesamt aber setzte Jansen mit einem fast durchweg moderaten Ton einen vernünftigen atmosphärischen Rahmen für die noch ausstehenden Verteidiger-Plädoyers.